

Johannes Fischer

**Ist der heutige Staat Israel ein Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk?
Eine kritische Analyse des Beschlusses der Landessynode der Evangelischen Kirche im
Rheinland von 1980**

In der Debatte über den Vortrag „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“ des kürzlich aus dem Amt verabschiedeten Bischofs Hans-Jürgen Abromeit hat der Synodalbeschluss der rheinischen Kirche „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980 neue Aktualität gewonnen. Darin wird unter den Gründen, die die Kirche veranlassen, ein neues Verhältnis zum jüdischen Volk zu gewinnen, die „Einsicht“ aufgeführt, „dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind“. Diese Formulierung ist nie unumstritten gewesen. Abromeits Auffassung, dass Gott Geist ist und dass er sich nicht an ein bestimmtes Territorium oder gar an einen bestimmten Staat bindet, hat die Debatte darüber wieder aufflammen lassen. So wirft Sebastian Engelbrecht in *zeitzeichen* 10/2019 Abromeit einen „Rückfall in Zeiten vor dem Rheinischen Synodalbeschluss“ vor. Dabei nimmt Engelbrecht auf jene Formulierung in einer Weise Bezug, als würde mit ihr ein für die Christen und Kirchen in Deutschland seither verbindlicher Erkenntnisstand bezüglich des heutigen Staates Israel statuiert, der nicht mehr zur Disposition steht und hinter den es kein Zurück geben darf.

Nun kann eine Einsicht oder Erkenntnis niemandem vorgeschrieben werden. Man kann sie nur selbst haben. Wenn jemandem vorgeworfen wird, dass er hinter einen bestimmten Erkenntnisstand zurückfällt, dann wird daher unterstellt, dass er die betreffende Erkenntnis haben könnte, da das, worauf diese Erkenntnis sich gründet, auch ihm zugänglich ist. Vorgeworfen wird ihm, dass er dieses ignoriert oder dass er sich nicht gründlich genug damit auseinandersetzt. Wer einen solchen Vorwurf erhebt, der bringt sich in die Pflicht zu zeigen, dass die betreffende Erkenntnis tatsächlich wohlbegründet und alternativlos ist, d.h. keine andere Auffassung zulässt. Kann für die „Einsicht“, die der rheinische Synodalbeschluss von 1980 bezüglich des Staates Israel formuliert, ein solcher Anspruch erhoben werden?

Eine erste Frage ist hier, was eigentlich mit der Formulierung, „dass ... die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ ist, zum Ausdruck gebracht

wird. Unstrittig dürfte sein, dass damit die Errichtung des Staates Israel mit Gott in Verbindung gebracht und auf dessen Treue zurückgeführt wird, wie immer Gottes Beteiligung beschrieben werden mag, ob als ein Handeln, Wirken, Ermöglichen oder auf andere Weise. Karl Barth, von dessen Theologie der rheinische Synodalbeschluss inspiriert ist, behandelt das Thema im Rahmen seiner Vorsehungslehre, und für ihn zeigt sich in der Errichtung des Staates Israel, dass Gott das Weltgeschehen *regiert*. Im Folgenden soll von einem Handeln Gottes die Rede sein.

Eine zweite Frage betrifft den Begriff der „Einsicht“. Es ist wichtig zu sehen, dass hier von Einsicht und nicht von Glaubensgewissheit die Rede ist. Wäre Letzteres der Fall, dann würde die Synode mit jener Formulierung zum Ausdruck bringen: *„Für uns, d.h. in der Perspektive unseres Glaubens, ist die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk.“* Das aber wird nicht gesagt. Vielmehr wird beansprucht, dass es sich um eine Einsicht handelt. Wenn jemand sagt, er sei zu der Einsicht gekommen, dass die Errichtung des Staates Israel sich einem Handeln Gottes verdankt, dann spricht er nicht von seiner subjektiven Überzeugung, nämlich dass dies *für ihn, in seiner Sicht* der Fall ist, sondern er erhebt für die Aussage `Die Errichtung des Staates Israel verdankt sich einem Handeln Gottes´ den allgemeinen Anspruch, dass sie wahr ist. Das ist analytisch im Begriff der Einsicht enthalten. Denn wenn die Aussage unwahr ist, dann handelt es sich auch nicht um eine Einsicht, sondern um einen Irrtum.

Diesem Punkt kommt entscheidende Bedeutung zu im Blick auf die Debatte darüber, ob jene Formulierung der rheinischen Synode auf eine religiöse Überhöhung und Legitimierung des heutigen Staates Israel hinausläuft. Würde die Synode mit dieser Aussage eine Glaubensgewissheit formulieren, dann würde sie damit ihre Sicht auf den Staat Israel zum Ausdruck bringen, ohne damit den Anspruch zu erheben, dass auch andere das so sehen müssen. Das aber ist nicht der Fall. Vielmehr wird hier, indem von „Einsicht“ die Rede ist, mit allgemeinem Wahrheitsanspruch geurteilt, dass sich die Errichtung des Staates Israel einem Handeln Gottes verdankt und Zeichen seiner Treue zu seinem Volk ist. Zweifellos wird dem Staat Israel damit eine religiöse Qualität zuerkannt. Er steht in einer besonderen Beziehung zu Gott. Die Schlussfolgerung kann dann nur zu nahe liegen, dass Christen, da es derselbe, eine Gott ist, an den sie glauben, im Konflikt zwischen Israel und Palästina einseitig Partei für den Staat Israel ergreifen müssen, bis hin zu dessen Siedlungspolitik, insofern sich darin die als Zeichen der Treue Gottes qualifizierte Heimkehr des jüdischen Volkes in das Land der Verheißung gewissermaßen bis heute fortsetzt.

Doch auf welche Gründe kann sich die „Einsicht“ berufen, dass die Errichtung des Staates Israel sich einem Handeln Gottes verdankt? Aus der Bibel lässt sich das nicht direkt ableiten, da der heutige Staat Israel in der Bibel nicht vorkommt, und es lässt sich auch nicht indirekt auf logischem Wege aus der Bibel erschließen. Aus der Aussage `Wenn Gott seinem Volk seine Treue erweisen wird, dann wird es im Land der Verheißung wohnen´ lässt sich nicht im Umkehrschluss die Aussage ableiten `Wenn das Volk Gottes im Land der Verheißung wohnt, dann ist es Gott, der darin seinem Volk seine Treue erweist´.¹ Es ist dieser Fehlschluss, der in der Debatte über die theologische Beurteilung des heutigen Staates Israel gewissermaßen in der Luft liegt und der den rheinischen Synodalbeschluss vordergründig plausibel erscheinen lässt. Doch beruht dies auf einem Irrtum. Innerhalb des Judentums ist es eine Strömung innerhalb der Ultraorthodoxen, die unter Berufung auf den Talmud einen solchen Fehlschluss ablehnt. Danach ist die 1948 geschehene Errichtung des Staates Israel das eigenmächtige Werk von Menschen. Vor Ankunft des Messias sollen die Juden sich nicht selbst aus dem Exil zu einem eigenen Staat aufmachen, und sie sollen ihre Hand nicht gegen andere Völker erheben. Beides aber ist nach dieser Sicht mit der Errichtung des Staates Israel geschehen.

Man könnte in Anbetracht dieser Einwände vielleicht versucht sein, folgendermaßen zu argumentieren: Auch wenn sich eine Verbindung zwischen der Errichtung des Staates Israel und einem Handeln Gottes im Sinne seiner Treue zu seinem Volk nicht direkt aus der Bibel ableiten oder indirekt logisch erschließen lässt, so handelt es sich doch um eine plausible *Deutung*. In der Tat spielt in der Debatte über den rheinischen Synodalbeschluss der Begriff der Deutung eine nicht unwesentliche Rolle. Ein geschichtliches Ereignis, die Errichtung des Staates Israel, wird im Lichte der biblischen Tradition gedeutet.² Doch sieht man näher zu, dann ist der so verstandene Begriff der Deutung hochproblematisch. Deutungen sind etwas, das Menschen machen und sich zurechtlegen. Daher sind sie nicht frei von Willkür, und als Werk des Menschen stehen sie von vorneherein unter Ideologieverdacht. So hängt die Plausibilität einer Deutung davon ab, ob das, *was* gedeutet wird (hier: die Errichtung des Staates Israel), und das, *als was* es gedeutet wird (hier: als ein Handeln Gottes im Sinne seiner Treue zu seinem

¹ Das wäre, wie wenn man aus der Aussage `Wenn die Mutter ihr Kind in den Kindergarten gebracht hat, dann ist das Kind im Kindergarten´ im Umkehrschluss die Aussage ableiten würde `Wenn das Kind im Kindergarten ist, dann hat die Mutter das Kind in den Kindergarten gebracht´, was ersichtlich falsch ist, da auch andere das Kind in den Kindergarten gebracht haben können oder das Kind selbständig gekommen sein kann. Der logisch korrekte Umkehrschluss lautet: Wenn das Kind *nicht* im Kindergarten ist, dann hat die Mutter es auch *nicht* in den Kindergarten gebracht.

² Nikolaus Schneider, Ein schwieriges Verhältnis? Die evangelische Kirche und der Staat Israel, in: EKD, 17. Januar 2012, https://www.ekd.de/20120117_rv_evangelische_kirche_und_der_staat_israel.htm.

Volk), in einem Entsprechungsverhältnis stehen. Dieses Entsprechungsverhältnis scheint gegeben zu sein, solange man nur das jüdische Volk und den Staat Israel in den Blick nimmt. Doch ist es auch noch gegeben, wenn man das Schicksal der 750'000 Palästinenser einbezieht, die bei der Gründung des Staates Israel durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren und denen danach die Rückkehr in ihre Dörfer verwehrt wurde, womit für den Großteil von ihnen ein Leben in Flüchtlingslagern begann? Auch dies gehört zu dem, was sich hinter dem Ausdruck „Errichtung des Staates Israel“ verbirgt, und wenn man diese als ein Handeln Gottes deutet, dann muss man auch das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung dem Handeln Gottes zuschreiben. Können Christen darin das Handeln dessen erkennen, an den sie glauben und dessen Wesen für sie in Jesus Christus offenbar ist?

Im Beschluss der rheinischen Landessynode von 1980 heißt es: „Wir glauben mit den Juden, dass die Einheit von Gerechtigkeit und Liebe das geschichtliche Heilshandeln Gottes kennzeichnet. Wir glauben mit den Juden Gerechtigkeit und Liebe als Weisungen Gottes für unser ganzes Leben. Wir sehen als Christen beides im Handeln Gottes in Israel und im Handeln Gottes in Jesus Christus begründet.“ Kann man die Einheit von Gerechtigkeit und Liebe auch in dem von der Synode unterstellten Handeln Gottes bei der Errichtung des Staates Israel „sehen“, wenn man das Schicksal der Palästinenser, die Christen unter ihnen eingeschlossen, in Rechnung stellt? Es zeigt sich hier, wie selektiv und willkürlich bei Deutungen verfahren werden kann. Man fokussiert auf einen bestimmten Aspekt, hier: auf die Heimkehr des jüdischen Volkes in das Land der Verheißung und die Errichtung des Staates Israel, in Bezug auf den sich die gewünschte Entsprechung zu dem herangezogenen biblischen Motiv, nämlich dem Handeln Gottes im Sinne seiner Treue zu seinem Volk, fraglos zu ergeben scheint. Aber man blendet dabei alles andere aus, was diese Deutung problematisiert und ihr entgegensteht.

Bleibt hinzuzufügen, dass selbst die plausibelste Deutung kein Beweis ist. Es kann immer noch anders sein. Selbst wenn der synodalen Deutung, dass bei der Errichtung des Staates Israel Gottes Handeln beteiligt war, nichts widersprechen würde, könnte es doch immer noch so gewesen sein, wie ein Teil der Ultraorthodoxen annimmt, nämlich dass der Staat Israel das eigenmächtige Werk von Menschen ist. Mit welchem Argument will man das entkräften?

Weil der Synodalbeschluss von 1980 so viele Fragen aufwirft, hat die rheinische Landessynode 25 Jahre später eine Erläuterung bzw. Präzisierung dieses Beschlusses zu geben versucht. Danach gewinnt „ein Zeichen erst im Zusammenhang, in dem es erscheint, seine Aussagekraft

... Den Zusammenhang bilden die folgenden theologischen Aussagen der Erklärung“.³ Auch diese Präzisierung kann nicht überzeugen, ganz im Gegenteil. Wird doch im Beschluss von 1980 *vom real existierenden Staat Israel* gesagt, dass er bzw. seine „Errichtung“ ein „Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk“ ist. Der real existierende Staat Israel aber erscheint gar nicht im Zusammenhang theologischer Aussagen, und er kann darin auch nicht erscheinen, weil er etwas kategorial davon völlig Verschiedenes ist. Im Zusammenhang theologischer Aussagen kann nur die *Bezeichnung* `Staat Israel` erscheinen. Aber die Aussage von 1980 bezieht sich nicht auf diese Bezeichnung, sondern auf den Staat Israel. Auf dieser Unterscheidung zu insistieren ist alles andere als spitzfindig. Denn mit dieser Erläuterung von 2005 wird die Triftigkeit bzw. Plausibilität der Aussage, dass der Staat Israel sich dem Handeln Gottes verdankt und ein Zeichen seiner Treue Gottes ist, an ihrer Entsprechung zu anderen theologischen Aussagen festgemacht, nicht aber am Entsprechungsverhältnis *zur Realität des Staates Israel und seiner Gründungsgeschichte* mit all dem Leid, das diese bedeutete und bis heute bedeutet. Damit aber wird diese Aussage – sicherlich ungewollt – gegen die Realität immunisiert und zu einer Angelegenheit rein innertheologischen Rasonnements gemacht. Wie überhaupt man in dieser Debatte nicht eben selten auf das Missverständnis trifft, die Frage, wie der heutige Staat Israel theologisch zu beurteilen ist, ließe sich unter Ausblendung der Realität mit rein theologischen Gründen entscheiden. Da gewinnt dann zum Beispiel die Frage alles überragende Bedeutung, ob die Landverheißung für das Volk Israel im Neuen Testament aufgehoben wird oder nicht, und wenn man zeigen kann, dass dies nicht der Fall ist, dann meint man, dass die Sache entschieden ist und dass auch Christen in der Errichtung des Staates Israel Gottes Handeln und ein Zeichen von Gottes Treue zu seinem Volk sehen müssen. Theologisch klingt das alles wunderbar. Doch stellt man in Rechnung, was sich hinter dem Ausdruck `Errichtung des Staates Israel` tatsächlich verbirgt an Gewalt, Vertreibung und einem Leben in Flüchtlingslagern von Hunderttausenden von Menschen, dann ist das Verdrängung und Verleugnung der Realitäten.

Ich breche an dieser Stelle mit der Kritik des Synodenbeschlusses von 1980 ab. Es gibt für das, was darin als „Einsicht“ beansprucht wird, keinen einzigen überzeugenden Grund. Einige der vorstehenden kritischen Rückfragen würden sich freilich von selbst erledigen, wenn in jener umstrittenen Formulierung statt von „Einsicht“ von *Glaubensgewissheit* die Rede wäre, d.h. von einer Gewissheit, die ihren Sitz in der religiösen Kommunikation mit und über Gott hat,

³ Evangelische Kirche im Rheinland: Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden. Würdigung des Beschlusses und der Thesen der Landessynode von 1980 nach 25 Jahren S. 2, https://www.ekir.de/www/downloads/ekir2005sonderdruck_christen_juden.pdf

also in Gebet, Gottesdienst, Lob und Dank und auch in der Verständigung von Christen untereinander über ihren Gott. Der Gedanke, dass es bei dieser Formulierung um ein Urteil mit allgemeinem Wahrheitsanspruch geht, mit dem der Staat Israel religiös überhöht und legitimiert wird, könnte dann gar nicht erst aufkommen.

Ich will das mit dem Wort `Glaubensgewissheit´ Gemeinde an einem Beispiel verdeutlichen. Als 1989 die Mauer in Berlin sich öffnete, da gab es in vielen Kirchen Dankgottesdienste. Für viele Christen war es damals eine unmittelbare, fraglose Gewissheit, dass bei diesem friedlichen Ende der Teilung Deutschlands durch Beton und Stacheldraht Gottes Geist geweht und gewirkt hat. Man hat sich dessen nicht erst in Form einer „Deutung“ vergewissert und vergewissern müssen, bei der man einerseits die Tatsache des Mauerfalls und andererseits biblische Traditionen in den Blick gefasst und beides gedanklich aufeinander bezogen und auf plausible Entsprechung hin geprüft hat. Das war unmittelbar gewiss und drängte zu einer ihm gemäßen Antwort in Gestalt von Lob und Dank. Dazu kam man im Gottesdienst zusammen.

Diese Gewissheit bezog sich auf das damalige Geschehen *in seiner erlebten Präsenz*, und nur deshalb konnte es mit Gottes Geist in Verbindung gebracht werden, da auch dieser nur in der Weise seiner Präsenz begegnet. Daher wird alles falsch, wenn man aus dem, was hier in Lob und Dank vor Gott gebracht worden ist, eine *Tatsachenbehauptung* mit allgemeinem Wahrheitsanspruch macht des Inhalts, dass Gott den Fall der Mauer gewirkt hat. Eine solche Behauptung lässt sich mit keinem Argument dieser Welt einlösen. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe,⁴ geht es bei der Unterscheidung zwischen Glaubensgewissheit und Tatsachenbehauptung um einen elementaren epistemischen Sachverhalt. Alles menschliche Wahrnehmen und Erkennen ist in Präsenzräume eingebunden. Was ein Mensch wahrnimmt und erkennt, ist abhängig von dem Präsenzraum – z.B. in Gestalt der Gegenwart eines anderen Menschen –, in dem er sich gerade aufhält. Die Präsenzräume religiöser Kommunikation, in denen Menschen sich (z.B. im Gebet) in den Raum von Gottes Gegenwart begeben und von denen her sie die Weltwirklichkeit, wie sie sie in ihrer Präsenz erleben wie damals beim Fall der Mauer, als Gottes Gegenwart und Handeln erleben und thematisieren, sind andere als die Präsenzräume exklusiv menschlicher Intersubjektivität, in denen Menschen in der Verständigung miteinander Ereignisse in der Welt mittels der sprachlichen Form des Urteils und der Behauptung als Tatsachen konstatieren. In letzteren Räumen kommt Gott nicht vor,

⁴ Johannes Fischer, Was ist Religion? Über die Präsenz des Ewigen im Zeitlichen und das Verhältnis von religiöser und säkularer Wirklichkeitsauffassung, in: ders., Präsenz und Faktizität. Tübingen: Mohr Siebeck, 2019, 181-240.

und er ist von dorthin auch nicht in den Blick zu bekommen, da, wie gesagt, Gott nur in der Weise seiner Präsenz, nicht aber als Tatsache begegnet. Daher wird mit der Tatsachenbehauptung, dass Gott den Fall der Berliner Mauer bewirkt hat, das Wort `Gott´ in einen epistemischen Zusammenhang eingeführt, in dem es keine Referenz hat und keinen Sinn macht.

Oben wurde gesagt, dass der Beschluss der rheinischen Synode von 1980 und dass insbesondere die Rede von der Errichtung des Staates Israel als *Zeichen* durch die Theologie Karl Barths inspiriert ist. Es gibt in dieser Theologie eine ungeklärte Spannung und Ambivalenz,⁵ welche darin besteht, dass sie einerseits von Gott handelt, dies aber andererseits nicht in Form der Glaubensrede tut, die als solche auf Gott in seiner verborgenen Präsenz bezogen ist, sondern mit wissenschaftlichem Anspruch, d.h. im Präsenzraum exklusiv menschlicher Intersubjektivität, nämlich in Gestalt des wissenschaftlichen Diskurses der Theologinnen und Theologen. Dadurch wird das Missverständnis nahegelegt, es gehe in Aussagen über Gott um Tatsachenurteile. Wie gesehen, begegnet dieses Missverständnis auch in jenem Beschluss der rheinischen Synode von 1980, wenn darin von der „Einsicht“ die Rede ist, dass die Errichtung des Staates Israel ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk ist. Damit wird, wie gesagt, für die Aussage `Die Errichtung des Staates Israel ist ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk´ ein allgemeiner Wahrheitsanspruch erhoben und das Ausgesagte als Tatsache reklamiert. So gesehen geht die Problematik jener Formulierung letztlich auf ein Problem der Barthschen Theologie zurück. Nicht zuletzt zeigt sich hier noch einmal die Fragwürdigkeit der Auffassung, es handele sich bei jener Formulierung um eine *Deutung*, bei der eine geschichtliche Tatsache (die Errichtung des Staates Israel) mit einem Motiv der biblischen Tradition (Gottes Handeln im Sinne der Treue zu seinem Volk) gedeutet wird. Denn damit wird eine Tatsache als Gottes Handeln reklamiert.

Doch zurück zum Beispiel des Mauerfalls. Falsch wird hier alles auch dann, wenn man aus jener unmittelbaren Glaubensgewissheit eine Norm für Christen macht, nämlich dass Christen den Mauerfall als Handeln Gottes verstehen müssen. Jene Glaubensgewissheit ist unverfügbar und kontingent, religiös gesprochen: Werk des Heiligen Geistes. Sie kann von niemandem eingefordert werden. Gleichwohl ist sie nicht beliebig. Denn auch sie beruht auf einer Entsprechung, nämlich zwischen dem, *was* gewiss ist, nämlich dass es *Gottes Geist* war, der

⁵ Johannes Fischer, Barth oder Schleiermacher? Über eine fragwürdige Alternative, in: Kerygma und Dogma 2/2019, 161.168.

hier geweht hat, und dem, *in Bezug worauf* es gewiss ist, nämlich im Blick auf den *friedlichen* Fall des eisernen Vorhangs, bei dem die Friedensgebete in Leipzig und anderswo eine wesentliche Rolle gespielt haben. *Darin* und nicht in etwas Beliebigem wird für den Glauben Gottes Handeln offenbar.

Das Beispiel verdeutlicht, wie denn, wenn überhaupt, im Blick auf ein innerweltliches Geschehen die Rede von einem Handeln Gottes möglich und legitim ist. Erstens muss es sich dabei um ein Geschehen *in seiner Präsenz* und nicht um eine Tatsache handeln, zweitens kann das Geschehen nur von dem Präsenzraum her, in welchem der christliche Glaube sich in seinen religiösen Vollzügen orientiert, als Gottes Handeln in den Blick kommen, d.h. es muss sich um *religiöse Rede* handeln, und drittens muss es ein Entsprechungsverhältnis geben zwischen jenem Geschehen und dem, der in solcher Rede als `Gott´ zur Sprache kommt und von dem gesagt wird, dass er in diesem Geschehen handelt. An diese drei Bedingungen ist auch die Rede von der „Errichtung des Staates Israel“ als einem Handeln Gottes gebunden. Erstens geht es dann nicht um eine historische Tatsache, sondern um das Geschehen von 1948 in seiner Präsenz, wie es von den Menschen damals, von Juden und Palästinensern, erlebt und erlitten worden ist. Als historische Tatsache begriffen könnte das, was damals geschehen ist, lediglich als ein Handeln Gottes *gedeutet* werden, mit all den Problemen, von denen oben die Rede war. Zweitens geht es bei solcher Rede nicht um die Formulierung einer „Einsicht“ mit allgemeinem Wahrheitsanspruch, sondern um eine Glaubensgewissheit, die an den Präsenzraum christlich-religiöser Kommunikation gebunden ist und sich nur darin mitteilt. Drittens müssen Christen in dem, was damals geschehen und von den Menschen erlebt und erlitten worden ist, das Handeln des Gottes erkennen können, an den sie glauben und der sich ihnen in Jesus Christus zeigt.

Können Christen dies so erkennen? Man muss an dieser Stelle aufpassen, dass man nicht wiederum Urteile mit allgemeinem Wahrheitsanspruch fällt. Wie immer die Erkenntnis ausfällt, ob so oder anders, es geht um eine kontingente, unverfügbare, nach christlichem Verständnis durch Gottes Geist gewirkte Erkenntnis und Gewissheit, für die keine Allgemeinheitsansprüche erhoben werden können. Aber Christinnen und Christen können einander auf Aspekte aufmerksam machen, die diese Erkenntnis und Gewissheit befördern oder aber in Zweifel ziehen können. Auf der einen Seite fällt im Blick auf das Geschehen von 1948 in die Waagschale, dass mit der Errichtung des Staates Israel für Juden aus aller Welt ein sicherer Ort entstanden ist, der ihnen Zuflucht gewährt, wo immer sie in ihren Ländern Verfolgung und

Diskriminierung ausgesetzt sind. In diesem Selbstverständnis des Staates Israel als sicherer Ort für Juden aus aller Welt schlägt sich die Erfahrung derer nieder, die einst dem Holocaust entkommen sind und die oft nur gegen große Widerstände und unter gefahrvollen Umständen Zuflucht in Palästina haben finden können. Auch ist der Staat Israel ein demokratischer Staat, der sich eine säkulare Verfassung gegeben hat, mit der er sich gleichwohl in die prophetische Tradition Israels stellt und deren Ethos verpflichtet weiß. Dies vor Augen und auf dem Hintergrund der jüdischen Geschichte mit Ausgrenzung, Verfolgung, Pogromen und der Ermordung von 6 Millionen Juden, dazu im Wissen um die bleibende religiöse Bedeutung des jüdischen Volkes als Volk Gottes kann es sich aufdrängen, in dem, was 1948 geschehen ist und was zur Errichtung des Staates Israel geführt hat, Gottes Handeln im Sinne seiner Treue zu seinem Volk zu sehen.

Auf der anderen Seite fällt in die Waagschale, dass zu dem Geschehen von 1948, das sich hinter dem Ausdruck „Errichtung des Staates Israel“ verbirgt, das gehört, was der palästinensischen Bevölkerung widerfahren ist, von der, wie gesagt, 750'000 Menschen durch Flucht und gewaltsame Vertreibung ihre Heimat verloren und nicht wieder in ihre Dörfer zurückkehren durften. Wenn die Errichtung des Staates Israel Gottes Handeln war, dann war auch dies Gottes Handeln, weil es genuiner Bestandteil dessen ist, was der Ausdruck 'Errichtung des Staates Israel' umschreibt. Pointiert ausgedrückt: Wie kann man mit Bonhoeffer aufgrund von Matth. 25,35ff in dem, was Menschen erleiden, „Gott in seiner Not“⁶ sehen und gleichzeitig Gott als den sehen, der dieses Leiden gewirkt hat? Wie hört sich jene Formulierung aus dem rheinischen Synodalbeschluss, wonach die Errichtung des Staates Israel ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk ist, für einen palästinensischen Christen an, dessen Familie 1948 zu den Vertriebenen gehörte, die für immer ihre Heimat verloren haben und ein Leben in Flüchtlingslagern führen mussten? Dies vor Augen drängt sich eher der Zweifel daran auf, dass bei der Errichtung des Staates Israel Gott gehandelt hat. Dieser Staat nimmt sich dann eher wie das eigenmächtige Werk von Menschen aus, die sich ohne Rücksicht auf die ansässige nichtjüdische Bevölkerung das Land der Verheißung mit Gewalt genommen und den Geflohenen und Vertriebenen die Rückkehr in ihre Dörfer und ihren Besitz verwehrt haben, dies noch dazu, ohne sie dafür zu entschädigen.

Die innerkirchliche Debatte in Deutschland über den Staat Israel ist im Blick auf diese beiden Sichtweisen weithin in einem Entweder-Oder festgefahren. Die einen betonen die

⁶ Vgl. Dietrich Bonhoeffers Gedicht „Christen und Heiden“.

Verbundenheit der Christen mit dem Volk Gottes und tendieren von daher dazu, einseitig für den Staat Israel Partei zu ergreifen und das, was den Palästinensern widerfahren ist, mit allen möglichen Gründen kleinzureden und wegzuarargumentieren. Der Hinweis auf die 1948 geschehene Vertreibung wird dann zum Beispiel mit dem Argument gekontert, dass die Palästinenser ja den Teilungsbeschluss der UN vom 29. November 1947 hätten annehmen können; dann gäbe es heute die Zweistaatenlösung.⁷ Oder sie hätten das Angebot Israels annehmen können, dass 100'000 von ihnen wieder zurückkehren dürfen.⁸ Das klingt so, als wären die Palästinenser selber schuld an ihrem Schicksal. Warum soll man sich also mit ihrem Schicksal das Herz beschweren? Die anderen haben in der innerkirchlichen Debatte über den Staat Israel vor allem das Schicksal der Palästinenser im Blick und bringen wenig Verständnis für die Motive Israels auf. So wäre die Erfüllung der Forderung nach einem Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenser und ihre Nachkommen das Ende des Staates Israel. Und wie sollte diese Forderung angesichts des politisch gewollten und geschürten Hasses auf palästinensischer Seite ohne Mord und Totschlag realisiert werden können?

Doch geht es um ein Entweder-Oder? Oder ist es nicht der gemeinsame Auftrag von Christen, auf Versöhnung hinzuwirken? Gott lässt sich nicht in ein solches Entweder-Oder zwingen. Gottes Geist ist da, wo Versöhnung geschieht und Friede möglich wird. Sollte man daher in diesem Konflikt die Christen nicht daran erkennen können, dass es ihnen darum zu tun ist, auf beiden Seiten die Menschen im Blick zu behalten, um die es geht? Sind diese doch nicht identisch mit ihren jeweiligen politischen Führungen, die das Bild des Nahostkonflikts prägen. Versöhnung aber wird nur möglich, wenn zugefügtes Leid und erlittenes Unrecht auf beiden Seiten nicht verdrängt, überspielt oder kleingeredet wird, sondern zur Sprache kommen kann und anerkannt wird. Nur so besteht Hoffnung, dass Menschen von beiden Seiten des Konflikts aufeinander zugehen und Verständigung darüber suchen können, wie sie mit der schrecklichen Hypothek ihrer Geschichte gleichwohl gemeinsam weiterleben und einen Weg aus der verfahrenen Situation finden können.

⁷ Der Beschluss, zu dem die Palästinenser nicht gefragt worden sind, sah vor, dass die 1,3 Millionen Palästinenser, die zum damaligen Zeitpunkt 90% des Landes besaßen, 43 % des britischen Mandatsgebiets erhalten sollten, während die knapp 600'000 Juden 56% erhalten sollten.

⁸ Die UN forderten bereits 1948 von Israel das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge oder die Entschädigung für enteignetes Eigentum, was beides nicht erfüllt wurde